

---

## Editorial

Wir freuen uns über eine neue Ausgabe von *Sozial.Geschichte Online*, die es neben der sonst üblichen Onlineversion diesmal auch *offline* geben wird. Denn auch wenn wir festgestellt haben, dass unsere Leser\_innen die Möglichkeit, auf einzelne Artikel zugreifen zu können, sehr begrüßen, war es uns doch ein Anliegen, die Gesamtheit von *Sozial.Geschichte* einmal haptisch erfahrbar zu machen und einen Gesamteindruck unserer Zeitschrift in alter Manier zu vermitteln. Wer sich dieses (vielleicht einmalige Erlebnis) nicht entgehen lassen möchte, kann sich unter [service\[at\]janus-projekte.de](mailto:service[at]janus-projekte.de) gern an uns wenden und eine Druckversion für zehn Euro erwerben.

Ausgabe 21 beschäftigt sich mit unterschiedlichen Themen der jüngeren bis aktuellen Ideen-, Bewegungs- und Sozialgeschichte. So setzt sich Andreas Peglau in seinem Forschungsbeitrag mit dem bislang unterbelichteten politischen Engagement des Psychoanalytikers Wilhelm Reich auseinander. Im Mittelpunkt stehen dabei neue Erkenntnisse über seine Rolle als revolutionärer Sozialdemokrat und parteigebundener Kommunist in seinen Bemühungen um die Herstellung einer Einheitsfront zwischen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sowie der Kommunistischen Partei Österreichs vor dem Hintergrund des aufziehenden Faschismus. Aufgrund seines antifaschistischen Einsatzes wurde der vormalige Freud-Schüler von der eher auf Kollaboration bedachten *Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung* ausgeschlossen. Später wurde Reich dann – unter anderem aufgrund seines angeblich konterrevolutionären Buches *Massenpsychologie des Faschismus* – auch aus den kommunistischen Organisationen ausgeschlossen. In einem Epilog geht Peglau der Frage nach, ob Reich wegen seiner Komintern-gesteuerten Aktivitäten als Stalinist bezeichnet werden könnte, bevor er sich ab 1934

vehement gegen den autoritären Führerkult in der Sowjetunion wandte.

Im Anschluss widmet sich Wulf D. Hund Eric Voegelin, dem von 1901 bis 1985 lebenden und innerhalb der Politischen Wissenschaften insbesondere wegen seiner Studie *Die politischen Religionen* (1938) bekannten Denker, und hinterfragt die positive Bewertung seiner Werke über die sogenannte „Rassenfrage“. Dass Voegelin in Wissenschaftskreisen teilweise bis heute als Kritiker des Rassismus gehandelt wird, kann umso mehr überraschen, als dieser bereits frühzeitig mit dem Austrofaschismus sympathisierte und in seinen beiden Büchern *Rasse und Staat* sowie *Die Rassenidee in der Geistesgeschichte von Ray bis Carus* (1933) diesbezüglich explizite Axiome formuliert hat. Dem Politologen und Philosophen misslang die angestrebte Karriere im NS-Wissenschaftssystem letztlich nur aufgrund seiner mit dem offiziellen „Rassen“-Konstrukt des Nationalsozialismus inkompatiblen Variante rassistischen Denkens. Auf diesen Umstand weist Wulf D. Hund hin, indem er den diesbezüglichen Gedankengängen des Apologeten biologistisch-antihumanistischer Einstellungen nachgeht, der noch immer als Gegner auch des nazistischen Totalitarismus gewürdigt wird.

Auf große Resonanz im deutschsprachigen Raum stieß im vergangenen Jahr der französische Soziologe, Publizist und Bourdieuschüler Didier Eribon mit der Übersetzung seiner autobiografischen Reflexion *Rückkehr nach Reims* (frz. 2009; dt. 2016). Gleich zwei Artikel in diesem Heft setzen sich mit dem Buch auseinander, nicht zuletzt aufgrund der hier diskutierten Erklärungsansätze für den aufziehenden Rechtspopulismus in Europa und seiner Sympathieträgern auch in ehemaligen linken Arbeitermilieus. Peter Birke unternimmt eine Bestandsaufnahme der hierzulande geführten Debatte um Eribons „nonfiktionalen Roman“, in der die Bedingungen der Klassengesellschaft auf eigentümliche Weise weitgehend ausgeblendet werden.

Daran anknüpfend beschäftigt sich Gerhard Hanloser mit drei Versuchen französischer Theoretiker, die Insuffizienz linker Bewe-

gungen und deren geringen Einfluss auf die Arbeiter\_innen zu erklären. Hanloser überzeugt die von Luc Boltanski und Ève Chiappello aufgestellte Behauptung nicht, nach der eine mit der Chiffre 1968 verbundene „Künstlerkritik“ lediglich den Kapitalismus modernisiert habe. Auch die deutlich dem klassisch-parlamentarischen Repräsentationsmodell verpflichtete Intervention Eribons wird thematisiert sowie die in Deutschland bislang wenig bekannten radikalen Einwürfe des Philosophen Jean-Claude Michéa, der der Linken eine Fixierung auf liberale Positionen sowie ein Abrücken von der Solidarität mit den Unterklassen vorhält.<sup>1</sup>

Im Anschluss beschäftigt sich Hanloser mit der restaurierten Fassung von Rainer Werner Fassbinders TV-Serie *Acht Stunden sind kein Tag* (1972) sowie dem dreistündigen Film aus dem Jahre 2016 *Ceux qui font les révolutions à moitié n'ont fait que se creuser un tombeau* (*Those Who Make Revolution Halfway Only Dig Their Own Graves*) der beiden Kanadier Mathieu Denis und Simon Lavoie. Während letzterer für Hanloser die Mängel der radikalen Linken der Jetztzeit abbildet, erscheint Fassbinders 45 Jahre alte Fernsehserie mithin als Ausdruck der Empathie mit den Problemlagen der Arbeiter\_innenklasse.

Eine Dekonstruktion eines verklärenden Mythos unternimmt Wolfgang Hien in seinem Diskussionsbeitrag, der sich im Kontext von Arbeitsgeschichte mit den gesundheitlichen Begleiterscheinungen der Industriearbeit in den 1950er bis 1980er Jahre beschäftigt. Hien, der in der *Sozial.Geschichte Online* bereits zahlreiche kritische Auseinandersetzungen mit der Geschichte der Arbeitsmedizin

---

<sup>1</sup> Hanloser veröffentlichte jüngst zwei weitere lesenswerte Beiträge in *Sozial.Geschichte Online*: Gerhard Hanloser, *Die Rote Fahne und der Antisemitismus*. Olaf Kistenmachers Präsentation tatsächlicher und vermeintlicher antijüdischer Aussagen in der KPD-Tageszeitung, *Sozial.Geschichte Online*, 20 (2017), S. 147–173, [[http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-43277/06\\_Hanloser\\_Rote\\_Fahne.pdf](http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-43277/06_Hanloser_Rote_Fahne.pdf)]; ders., *Der Holocaust und seine geschichtspolitischen Lehren in der Darstellung von Timothy Snyder*, *Sozial.Geschichte Online*, 19 (2016), S. 181–198, [[http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-42082/07\\_Hanloser\\_Snyder.pdf](http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-42082/07_Hanloser_Snyder.pdf)].

veröffentlicht hat,<sup>2</sup> zeichnet auf der Basis narrativer und biographischer Quellen, ergänzt durch eine kritische Lesart der zeitgenössischen Industriosozologie, eine Geschichte schwerer körperlicher Belastungen und gesundheitlicher Gefährdungen durch Industriearbeit nach. In dieser Körpergeschichte der Nachkriegszeit befinden sich Leid und Verschleiß in einem durchaus widersprüchlichen Wechselverhältnis zu maskulin konnotierten Körpermythologien.

Der Diskussionsteil beinhaltet außerdem den ersten Teil eines längeren Beitrags über den Griechenlandhistoriker Heinz A. Richter, welcher die aktuelle Debatte über deutsche Reparationszahlungen an Griechenland für die Verbrechen der NS-Besatzungspolitik maßgeblich beeinflusste.<sup>3</sup> Karl Heinz Roth schildert, wie Richter eine Neubewertung der nazistischen Besatzungsherrschaft unternahm und die bundesdeutsche Verweigerungshaltung im Kontext der weiterhin offenen Entschädigungsfrage argumentativ stützte. Roth befasst sich aber nicht alleine mit Richters Argumenten im Zusammenhang mit der Reparationsfrage, sondern wirft insgesamt einen kritischen Blick auf das Schaffen des Historikers. Durch eine akribische Analyse gelingt es Roth, die methodischen Defizite und ideologisch bedingten Narrative Richters aufzudecken. Unser Autor liefert zugleich eine Zusammenschau der derzeit diskutierten Interpretationen griechischer Geschichte.

---

<sup>2</sup> Vgl. etwa Wolfgang Hien, Die Asbestkatastrophe. Geschichte und Gegenwart einer Berufskrankheit, Sozial.Geschichte Online, 16 (2015), S. 89–128, [[http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-39736/05\\_Hien\\_Abest.pdf](http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-39736/05_Hien_Abest.pdf)]; ders., Der Beitrag Ludwig Telekys im Kampf gegen gewerbliche Vergiftungen, Sozial.Geschichte Online, 11 (2013), S. 7–47, [[http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-33847/03\\_Hien.pdf](http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-33847/03_Hien.pdf)]; ders., Arbeitsverhältnisse und Gesundheitszerstörung der Arbeitenden. Eine Forschungsskizze am Beispiel der Entwicklung in Deutschland seit 1970, Sozial.Geschichte Online, 5 (2011), S. 64–113, [[http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-26912/05\\_Hien\\_Arbeit.pdf](http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-26912/05_Hien_Arbeit.pdf)].

<sup>3</sup> Vgl. zu diesem Thema die aktuelle Publikation von Karl Heinz Roth und Hartmut Rübner, Reparationsschuld. Hypothesen der deutschen Besatzungsherrschaft in Griechenland, Berlin 2017, [<http://metropol-verlag.de/produkt/karl-heinz-roth-hartmut-ruebner-reparationsschuld/>].

In einem Beitrag zum „Zeitgeschehen“ resümiert schließlich Nikolai Huke Chancen und Risiken der Bewegung M-15 in Spanien, jene spontanen, parteiunabhängigen Demonstrationen der Jahre 2011/12 der sogenannten *Indignados* („Empörte“). Damit nimmt sich Huke eines Schwerpunktthemas der *Sozial.Geschichte Online* an: urbane Kämpfe und Krisenproteste.<sup>4</sup> Auf qualitative Interviews mit 47 Aktivistinnen und Aktivisten zurückgreifend, analysiert Huke anhand des methodischen Konzepts der *Politik der ersten Person* die neuen sozialen Bewegungen. Er stellt dabei heraus, dass Bewegungen wie die *Indignados* durch die Schaffung neuer Räume der politischen Intervention und Konfliktartikulation sowie durch neue solidarische Praxen zuvor immobilisierte Teile der Bevölkerung erfolgreich aktivieren konnten. Huke macht aber auch deutlich, wie schwer es der Bewegung fiel, gegen hierarchische Strukturen anzugehen und alle gesellschaftlichen Gruppen (vor allem Frauen und Migrant\_innen) in die neuen Organisationsformen zu integrieren. Huke zeigt auf, dass bei der Entscheidungsfindung nicht alle in gleicher Weise teilhaben konnten und es an einer kontinuierlichen und wirksamen Organisationsstruktur fehlte.

Im abschließenden Rezensionsteil bespricht Ahlrich Meyer Jörg Späters Biographie des Schriftstellers, Filmtheoretikers und Philosophen Siegfried Kracauer. Unter die Annotationen fällt zum einen die ambitionierte, bereits eingehend rezipierte Studie von Uwe Sonnenberg *Von Marx zum Maulwurf* über den linken Buchhandel in Westdeutschland in den 1970er Jahren auf, zum anderen wird die nunmehr zwanzigste, wie stets großdimensionierte Ausgabe des Projekts *Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit* empfohlen.

Schließlich sei noch auf die Bildseiten der vorliegenden Ausgabe verwiesen: Es handelt sich um Ausschnitte der fotografischen Ar-

---

<sup>4</sup> Vgl. etwa Peter Birke und Max Henninger (Hg.), *Krisen. Proteste. Beiträge aus Sozial.Geschichte Online*, Berlin 2012, [[http://www.assoziation-a.de/buch/Krisen\\_Proteste](http://www.assoziation-a.de/buch/Krisen_Proteste)]; Karl Heinz Roth, *Griechenland und die Euro-Krise*, 6 (2011), *Sozial.Geschichte Online*, S. 156–176, [[http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-28996/08\\_Roth\\_Griechenland.pdf](http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-28996/08_Roth_Griechenland.pdf)].

beit von Katarina Despotović, die die Künstlerin uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat. Die Arbeit dokumentiert die Gentrifizierung des migrantisch und proletarisch geprägten Göteborger Stadtteils Hisingen und wirft zugleich ein Licht auf die damit verbundenen alltäglichen sozialen Kämpfe. Die Fotos sind in einem von Despotović gemeinsam mit der Stadtsoziologin Catharina Thörn veröffentlichten Bildband erschienen, der in der vorliegenden Ausgabe von Peter Birke rezensiert wird.

## Zu den Ereignissen während des G20-Gipfels in Hamburg

Auch wir haben die Diskussionen um die Gegenprotesten des G20-Gipfels in Hamburg mit Interesse verfolgt<sup>5</sup> und möchten uns mit einem eigenen Beitrag daran beteiligen. Uns geht es dabei vor allem um eine Interpretation aus der Sicht sozialer Bewegungen.

Wenn man über die Aktionen gegen den G20-Gipfel spricht, muss man sich zunächst deren Vielfalt vor Augen führen: angefangen mit den Protestcamps über die zahlreichen kleineren und grö-

---

<sup>5</sup> Kritisch zum „Militanzfetisch“ äußerten sich Olaf Bernau, in der tageszeitung vom 15. Juli 2017, vgl. [<http://www.taz.de/!5426779/>], sowie Michael Brie, in: Neues Deutschland vom 31. Juli 2107. Kritisch dazu: Jan Ole Arps, Zur Gewaltdebatte. Warum uns der Riot öfter begegnen wird und wieso der Insurrektionalismus nicht das Problem ist, analyse und kritik, 629 (2017), vgl. [[https://www.akweb.de//ak\\_s/ak629/48.htm](https://www.akweb.de//ak_s/ak629/48.htm)]. Eine Debatte fand auch in der Nr. 421 der graswurzelrevolution statt, vgl. [<http://www.graswurzel.net/>] sowie im Heft 8/2017 der Zeitschrift konkret, darin u. a. ein Gespräch mit Andreas Blechschmidt von der „Roten Flora“ in Hamburg über seine Einschätzung des Verlaufs. Eine Übersicht zu Stellungnahmen bietet außerdem der Text von Peter Nowak auf telepolis, vgl. [<https://www.heise.de/tp/features/Wir-waren-da-wo-wir-nicht-sein-sollten-3767485.html>]. Natürlich bleiben alle Versuche, sich angesichts der Fülle von Beiträgen eine Übersicht zu verschaffen, unvollständig. Eine Analyse der Verbindungen zwischen Sozialprotesten während der multiplen Krise von 2009 und den aktuellen sozialen Bewegungen liefern Peter Birke / Max Henninger, Den Selbsterstörungsmodus deaktivieren. Nach Arabischem Frühling, Indignados und Gezi, analyse und kritik, 628 (2017), vgl. [[https://www.akweb.de/ak\\_s/ak628/images/ak\\_extra\\_0617.pdf](https://www.akweb.de/ak_s/ak628/images/ak_extra_0617.pdf)]. Zur Geschichte der Riots – v. a. bezogen auf spontane Aufstände in Vorstädten, was nicht unbedingt „dasselbe“ wie in Hamburg meint – siehe einige Beiträge in Sozial.Geschichte Online, zu Frankreich: Laurent Mucchielli, Urbane Aufstände im heutigen Frankreich, Sozial.Geschichte Online, 2 (2010), S. 64–115, [[http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-24050/05\\_mucchielli\\_frankreich.pdf](http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-24050/05_mucchielli_frankreich.pdf)]; zu Großbritannien: The Free Association, Let England Shake, Sozial.Geschichte Online, 8 (2012), S. 74–93, [[http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-31189/06\\_TFA\\_England.pdf](http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-31189/06_TFA_England.pdf)]; zu Schweden: Catharina Thörn, Der Aufstand in Stockholm und der Mythos der schwedischen Sozialdemokratie, Sozial.Geschichte Online, 11 (2013), S. 48–58, [[http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-33848/04\\_Thoern.pdf](http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-33848/04_Thoern.pdf)], sowie im Register der Zeitschrift zu „Stadtentwicklung und urbane Kämpfe“, vgl. [<https://sozialgeschichte-online.org/infos/sgo-register/>].

ßeren Demonstrationen, wie den „Bildungsstreik“, „Welcome to hell“, die „Hafenblockade“ und die Großdemonstration am zweiten Tag des Gipfels. Angesichts der massiven Zuspitzung der Konfrontation mit der Polizei nach der Zerschlagung der Demonstration am Abend des 6. Juli ging diese Vielfalt zumindest medial in dem Bild einer einzigen großen Straßenschlacht unter. Es scheint uns deshalb bemerkenswert, dass sich am Samstag, dem 8. Juli, etwa 70.000 Menschen auf die Großdemonstration wagten – bemerkenswert vor allem in Anbetracht der zu diesem Zeitpunkt unerhörten Hetzkampagne fast aller bundesdeutscher und internationaler Mainstream-Medien gegen die G20-Gegner\_innen.

Unserer Ansicht nach war die Entwicklung der Ereignisse voraussehbar: Nach den Protesten von Seattle und Genua wurden die Treffen der Mächtigen in den 2000er Jahren lange Zeit an eher abgelegenen Orten abgehalten.<sup>6</sup> In Hamburg fand das Meeting nicht nur inmitten eines urbanen Zentrums, sondern auch zwischen Quartieren statt, die für eine jahrzehntelange Tradition von sozialen Protesten stehen – und noch immer von diesen geprägt sind. Kein Zweifel, dass die Ankündigung und Durchführung von G20 in Hamburg als Machtdemonstration gedacht war; nicht zuletzt vor dem Hintergrund der mehrfachen Verhinderung der Hamburger Olympiabewerbung durch den Widerstand aus der Bevölkerung: ‚Ihr könnt Olympia ablehnen, aber nicht verhindern, dass wir jeden anderen Event, den wir in Hamburg planen, auch durchführen.‘

Aufgrund der Eskalation und Konfrontation nach dem Donnerstag nahm dieses Machtspiel – getragen von martialischen Auftritten der Polizei, dem tagelangen Lärm ihrer Hubschrauber und Einsatzfahrzeuge, dem Pfefferspray und den Schlagstöcken – geradezu groteske Züge an. Es folgten lächerlich wirkende Erklärungen von Hamburgs Bürgermeister Scholz, Innensenator Grote und di-

---

<sup>6</sup> Vgl. zu diesem Punkt das Interview mit Jan van Aken in der Wochenzeitung Der Freitag vom 10. Juli 2017, vgl. [<https://www.freitag.de/autoren/lutz-herden/wir-haben-uns-die-strasse-zurueckgeholt>].



versen Bundespolitikern, die nach einem völlig aus dem Ruder gelaufenen Einsatz erklärten, ebendiese Polizei habe keinerlei unberechtigte Gewalt ausgeübt und auch ansonsten „alles richtig gemacht“. Ihren Nachhall findet diese groteske Szenerie, die dem Polizeistaat alle Ehre erweist, in den erstinstanzlichen Urteilen gegen gefangen genommene Gipfelgegner, in denen jahrelange Haftstrafen mit einzelnen Steinwürfen und dem Widerstand gegen Festnahmen durch „Einnehmen einer Embryonalstellung“ begründet werden.<sup>7</sup>

Tatsächlich gelang es der Polizeiführung, nachdem die brutale Räumung des Camps auf der Elbinsel Entenwerder im Vorfeld medial noch ablehnende bis kritische Reaktionen ausgelöst hatte,<sup>8</sup> in der Zeit von Donnerstag bis in die Woche nach dem Gipfel hinein, die Hoheit über die Definition der Ereignisse zu übernehmen. Das betraf zunächst die inhaltliche Dimension der Proteste, die völlig von der Polizeiberichterstattung verdeckt wurde: tagelang kein Wort über das Paktieren der Bundesregierung mit Diktatoren und Autokraten aus aller Welt. Kein Wort über die Aufgabe, die Kriege im globalen Süden endlich zu beenden. Kein Wort über Grenzzäune und Tote im Mittelmeer. Und schon gar kein Wort über die Ausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern. Stattdessen: Pressteams, die neben schwarz gekleideten Menschen herliefen, die Steine warfen; Titelseiten, die den Riot zugleich ästhetisierten und zum eigentlichen Gegenstand des Ereignisses machten;<sup>9</sup> völliges Verschweigen aller anderen Inhalte – einschließlich des Gegengipfels. Weitgehend akzeptiert wurde zudem der illegale Ausschluss dutzender kritischer Medienvertreter von der Akkreditierung. Charak-

<sup>7</sup> Das erste Urteil ging selbst der *Zeit* zu weit, die sich ansonsten der medialen Empörung über die „Gipfelgewalt“ angeschlossen hatte, vgl. [<http://www.zeit.de/2017/36/g20-gipfel-gegner-hamburg-prozess-urteil>].

<sup>8</sup> Tageszeitung vom 3. Juli 2017, vgl. [<http://www.taz.de/!5426086/>].

<sup>9</sup> Die Bildseite der Berichterstattung wäre eine eigene Analyse wert. Siehe, neben Hunderten anderer Bilder, die bereits im Vorfeld veröffentlichten Motive aus der Hamburger Morgenpost, vgl. [<http://www.mopo.de/hamburg/politik/-g-20-gipfel-im-rathaus—dann-wird-hamburg-zur-festung-23492256>], und danach der Titel des Stern; hierzu auch die Bilanz auf [<http://meedia.de/2017/08/16/einzelverkauefespiegel-und-stern-punkten-am-kiosk-mit-titelstories-zum-g20-debakel/>].

teristisch für das erfolgreiche polizeistaatliche mediale *Clearing* war während des Gipfels und in den Tagen danach der Umstand, dass es in nahezu allen Medien nur (stark zu bezweifelnde) Zahlen über verletzte Polizist\_innen und zunächst weder Meldungen über Polizeiübergriffe noch verletzte Demonstrant\_innen gab. Die wilde Diskussion über die Schließung der Roten Flora oder das Verbot von *linksunten.indymedia* können als Konsequenz aus dieser Konstellation betrachtet werden. Dass eine Minderheit von Journalist\_innen überwiegend in den Wochen nach G20 Gelegenheit erhielt, auch andere Perspektiven der Ereignisse darzustellen, ändert nichts an dem erschreckenden Augenblicksbild: Es geht zu schnell und zu einfach, die Berichterstattung über ein politisches Ereignis zu einer reinen Propagandaschau verkommen zu lassen.

Die Taktik der Polizei hat dabei den Verlauf der Proteste weitgehend bestimmt. Wichtig ist hier vor allem zu bemerken, dass die Zerstreung der Proteste mehrheitlich der Initiative der Polizei geschuldet war. Dabei war die Überraschung nicht, dass die Polizei die Demonstration am Donnerstagabend angriff und unter Einsatz heftigster Gewalt zerschlug. Und es erstaunte auch nicht, dass das während der Verhandlungen mit der Demonstrationsleitung geschah und unter einem der üblichen Vorwände. Erstaunlich war eher, dass dies nur der Auftakt war – das Auseinandertreiben von Versammlungen, ob angemeldet oder spontan, wurde für zwei Tage zum Hauptmoment des Polizeiauftritts. Dabei kam es im Vergleich zu ähnlichen Großereignissen nur zu wenigen Festnahmen. Anders als beim Klimagipfel in Kopenhagen (2009) oder teilweise schon in Heiligendamm (2007) ging es also offenbar nicht darum, den Protest von der Straße in die bereitgestellten Zellen zu verfrachten. Am Freitag ging dann der Fokus auf den Protest gegen G20 gänzlich verloren, und die an die polizeiliche Sperrzone angrenzenden Quartiere wurden zum Ort zahlloser kleinerer Gefechte zwischen Polizei, Protestierenden und am Vergnügen und der Schau interessierten Passant\_innen. Aus dieser Sicht erscheint es uns falsch, die Riots, die am Freitagabend im Schanzenviertel stattfanden, einseitig

als Moment der Emanzipation zu romantisieren. Interpretationen, dass die Stunden, in denen die Polizeieinheiten zwischen Susannen- und Schanzenstraße nicht vorrückten, Stunden der Autonomie und Freiheit waren, erscheinen uns merkwürdig verkürzt.<sup>10</sup> Zumindest müsste dies anhand der Motivation und Wahrnehmung von Teilnehmenden untersucht werden. Unberücksichtigt bleiben sollte dabei nicht, dass es ein breites Spektrum an Gefühlslagen gab.

Die Definitionshoheit der Polizei führte dazu, dass sich die an die rote Zone angrenzenden Quartiere in eine fragmentierte Landschaft auflösten. Selbst wenn man Jahrzehnte in Hamburg lebte, wusste man zwischen Wasserwerfer und Räumfahrzeug irgendwann nicht mehr, wo man sich auf dem Stadtplan der Zusammenstöße mit der gewaltbereiten Polizei befand. Die durch „Recht auf Stadt“ besetzten Orte (vor allem das Centro Sociale und der Arrivati-Platz) gingen zeitweise in dieses zelluläre Geschehen ein,<sup>11</sup> das unter anderem dadurch bestimmt war, dass Aktivist\_innen versuchten, desorientierte Leute vom Anzünden von Müllcontainern vor sozialen Zentren oder vom Werfen von Steinen auf dem Arrivati-Platz abzuhalten – ebenso wie es notwendig wurde, am Rande des Viertels Übergriffe von empörten Bürger\_innen auf als „schwarzer Block“ identifizierte Passant\_innen zu verhindern. Festzuhalten bleibt, dass es in vielen Situationen nur ein mehr oder weniger individualisiertes Handeln gab. Und obwohl diese Form der Zerstreung und Individualisierung von Protest bisher gute Erfolge gezeigt hatte, etwa bei den Protesten in Heiligendamm 2007, war sie diesmal eine Voraussetzung dafür, dass sich die oben skizzierte Dominanz des Polizeistaats über die Definition der Ereignisse durchsetzen konnte.

Dabei korrespondierte die Vielfalt der Proteste eigentlich mit den Strategien der politischen Linken. Im Vergleich mit ähnlichen

<sup>10</sup> Dieses Motiv bemüht bspw. Arps, Zur Gewaltdebatte (wie Anm. 1). Siehe auch das Statement von Karl-Heinz Dellwo, vgl. [<https://de-de.facebook.com/laikaverlag/posts/1545709148836700>].

<sup>11</sup> Vgl. die Presseerklärungen von „Recht auf Stadt“ vom 11. Juli 2017 sowie vom 15. Juli 2017, vgl. [<http://www.rechtaufstadt.net/>].

Kampagnen fällt dabei auf, dass der Streit um die Gewaltfrage abwesend war oder vielmehr erst nach dem Ereignis geführt wurde. Dies mag auch damit zu tun haben, dass die verschiedenen Gruppierungen der Linken während der Protesttage in Hamburg kaum noch miteinander kommunizierten. In einer sicherlich unvollständigen Aufzählung, sollen die verschiedenen Formen strategischen Handelns kurz skizziert werden:

- Brennende Mülltonnen: Dezentrale Schauplätze eröffnen – um den Polizeieinsatz selbst zu zerstreuen und an anderen Orten auftauchen zu können.
- Barrikaden: Die Polizei hindern, einen bestimmten Raum zu besetzen.
- Platzbesetzungen: Einen Freiraum für die eigene Diskussion und eine alternative Öffentlichkeit schaffen sowie den kommodifizierten Stadtraum öffnen.
- Hafenblockade: Die „kapitalistische Logistik“ stören und unterbrechen. „Nicht am Zaun der Mächtigen rütteln“, wie es eine Gruppe der Interventionistischen Linken propagierte.<sup>12</sup>
- Doch am Zaun rütteln: Sichtbar zum Ort des Gipfels vordringen. Das Demonstrationsverbot durchbrechen.
- Aufmerksamkeitspolitik: Die mediale Unsichtbarmachung der Proteste durchbrechen.

Wir sagen nicht, dass eine dieser strategischen Positionen „politischer“ ist als eine andere. Aber dennoch finden wir die Bemerkung wichtig, dass sich die Optionen nicht immer einfach, wie es die linke bis linksradikale Harmonie manchmal vorgaukelt, „ergänzen“. Es kommt vielmehr häufig zu Widersprüchen und Zielkonflikten. Am Freitag gelangten etwa 1.000 Protestierende bis fast vor die Elbphilharmonie, wo mit Erdogan, Putin und der *Ode an die Freiheit* gefeiert wurde. Der Fluss trug den Lärm der Demonstration

---

<sup>12</sup> Interview mit radical M, Göttinger Perspektiven auf den G20-Gipfel in Hamburg, vgl. [<http://monstersofgoe.de/2017/07/28/goettinger-perspektiven-auf-den-g20-gipfel-2017-in-hamburg-erster-teil/>].

bis dorthin, aber der Fokus von Protest und Presse war auf der Reeperbahn, also dort, wo man angeblich hätte Kräfte binden können. Das halten wir für ein Problem, und die Frage, wo und wie im Rahmen einer solchen Kampagne wie jener gegen G20 Räume geschaffen werden können, um Zielkonflikte zu besprechen, halten wir für relevant. Auch wenn wir wissen, dass diese Frage angesichts einer kaum kalkulierbaren Dynamik solcher Ereignisse schwer zu beantworten bleibt. Jedenfalls zeichnen sich Erklärungen aus der Linken, die nach Hamburg abgegeben wurden, meist durch eine bloße Wiederholung jener Positionen aus, die im Verlauf der Ereignisse selbst eingenommen worden sind. In Bezug auf das Spektrum dieser Äußerungen neigen wir dazu, eher denjenigen recht zu geben, die die Ereignisse für ein sehr ambivalent zu beurteilendes politisches Lehrstück halten.

So gingen die inhaltlichen Ziele der Proteste zum Teil in einer ebenso martialischen wie nichtssagenden Rhetorik unter („Welcome to hell“), die den Fokus auf das Steinewerfen geradezu beschwor und die eher davon lebte, dass sie die Mühen des Alltags (oder, wenn man so will, der „Vorhölle“) systematisch ausblendete.<sup>13</sup> Aus dieser Sicht müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie der mehr oder weniger symbolische Protest mit einer alltäglichen Verankerung unserer Kritik an der kapitalistischen Ordnung verbunden werden kann. Dabei ist auch nicht als lapidar abzutun, dass die Massenwirksamkeit der Kritik am Protest durch den Konsens getragen wurde, dass die „Verkleidungen“ von Linken abgelehnt wurden.<sup>14</sup> Man mag eingestehen, dass Proteste immer eine Art Karneval sind und dass das gerade ihre Dynamik ausmacht: Darum geht es in der öffentlich wirksamen Ablehnung der sogenannten „Vermummung“ aber nicht – sondern um die (selbstverständlich oft mit Resentiments aufgeladene) Feststellung, dass „diese Leute nichts mit

---

<sup>13</sup> Einer Stellungnahme aus der Interventionistischen Linken ist in dieser Hinsicht kaum etwas hinzuzufügen, vgl. [<http://blog.interventionistische-linke.org/g20-gipfel/es-braucht-mehr-als-ein-nein>].

<sup>14</sup> Ebd.

mir zu tun haben“. Die Frage ist dann auch nicht so sehr, warum diese Feststellung gemacht wird, sondern warum sie offenbar auf eine sehr breite Resonanz trifft. Wir vermuten, dass das damit zu tun hat, dass die Verkleidungen von vielen als maximale Entfernung von alltäglichen Konflikten identifiziert werden. Die mitunter in der Linken durchaus vorhandene und teils sogar nach dem Gipfel propagierte Fetischisierung von Verkleidungen verstellt genau diese Erkenntnis und damit jede Form des Nachdenkens darüber, wie eine Vermittlung aussehen könnte.<sup>15</sup>

Andere Positionen hingegen wollten in der jüngsten Vergangenheit das Karnevaleske nicht unterbinden, sondern popularisieren: siehe etwa die Debatte, die durch die Rebel Clowns Army ausgelöst wurde,<sup>16</sup> oder die Performances des Schwabinggrad-Balletts in Hamburg. Diese Ansätze, die in Hamburg, symbolisiert durch „Megaphon-Ballett“ oder „blauen Block“, randständig geblieben sind, heben das Problem der Verankerung des Performativen im Alltag aber keineswegs auf. Und es betrifft zugleich nicht nur eine bestimmte Szene innerhalb der radikalen Linken, sondern ist ein allgemeines Problem: Die Stellungnahme einer Gruppe, die an der Vorbereitung der „Hafenblockade“ beteiligt war, und die bedauernd konstatiert, dass es kaum gelungen sei, Hafenarbeiter\_innen zu mobilisieren, illustriert dies etwas unfreiwillig: Man kann sich ja an dieser Stelle durchaus fragen, wie viel Kontakte man, auch wenn man weit ab vom Hafen wohnt, zu Arbeiterinnen und Arbeitern hat.<sup>17</sup>

---

<sup>15</sup> Dass diese Fetischisierung mit der merkwürdig relativistischen Position verknüpft ist, dass „jede Gewalt anders definiert“ wird, macht die Sache auch nicht besser, vgl. [<https://www.heise.de/tp/features/99-Posse-zu-G20-Jeder-definiert-Gewalt-anders-3797960.html>].

<sup>16</sup> Vgl. die Projekte des laboratory for insurrectionary imagination, [<http://www.labofii.net/>].

<sup>17</sup> Die Feststellung, die „Hafenblockade“ sei ein „großer Erfolg“ gewesen, ändert überhaupt nichts an dieser Situation. Sie ist zudem unglaubwürdig, weil jeder, der mal auf der Köhlbrandbrücke im Stau gestanden hat, an ihr zweifeln muss. Dabei soll nichts gegen die „Hafenblockade“ und den neuen Fokus eines Teils der radikalen Linken auf das Thema „Logistik“ gesagt werden: Aber man hätte genauso „wahr“ und „glaubhaft“ erklären könne, man habe an einem Nachmittag Nordrhein-

Was in der Hamburger Linken nach G20 geschah, holt diese Forderung unseres Erachtens wenigstens zum Teil ein. So kann etwa die Stadtteilversammlung im Hamburger Millerntor-Stadion, an der über 1.000 Menschen teilnahmen, als Moment der Wiederbesetzung des öffentlichen Raums angesehen werden: Kaum ein Wort der Entsolidarisierung mit den von der Polizei Festgenommenen, so gut wie keine Ressentiments, dafür aber das Bestreben, die Formen der politischen Aktion und des politischen Protestes selbst bestimmen zu wollen.<sup>18</sup> Ähnliche Momente hatten die spontane Ablehnung des Auftritts von Martin Schulz im Schanzenviertel einige Tage nach G20 oder die Erklärung einiger Ladenbesitzer\_innen des Viertels, die vor allem gegen die öffentlichen Angriffe auf die Rote Flora gerichtet waren.<sup>19</sup> In solchen und ähnlichen Initiativen sehen wir eine wesentliche Grundlage einer Neu-Verortung von Massenprotesten wie in Hamburg. Denn erst an diesem Punkt, der Verbindung zwischen Karneval und Sozialprotesten jenseits der tollen Jahreszeit, wird es wirklich interessant: Zentral erscheint uns dabei der Vorschlag, von den großen Kampagnen gegen Gipfeltreffen oder Austeritätspolitik zwar nicht abzulassen, aber über die Inhalte und die Verbindung mit anderen Kämpfen systematisch nachzudenken.

### *Die Redaktion*

---

Westfalen blockiert. Es wäre dabei allerdings gut zu entscheiden, ob man von einer „symbolischen“ Aktion spricht oder nicht, vgl. die Erklärung zu „Hafenblockade“ in: redical M, Göttinger Perspektiven, (wie Anm. 14).

<sup>18</sup> St. Pauli selber machen, Bericht zur außerordentlichen Stadtteilversammlung am 20. Juli, [<http://www.st-pauli-selber-machen.de/?p=24284>].

<sup>19</sup> Vgl. [[https://www.reddit.com/r/de/comments/6msvo2/stellungnahme\\_einiger\\_gesch%C3%A4fts\\_und/](https://www.reddit.com/r/de/comments/6msvo2/stellungnahme_einiger_gesch%C3%A4fts_und/)]. Allerdings sucht man auch in dieser Stellungnahme vergeblich nach den Spuren der freien Assoziation und den Boten aus der kommenden Gesellschaft, die Jan Ole Arps und Karl-Heinz Dellwo in dieser Nacht im Schanzenviertel entdeckt haben wollen.

## Hisingen, Göteborg

Foto: Katarina Despotović.



Kvillebäcken ist ein Göteborger Quartier auf der Insel Hisingen, wo seit vielen Jahrzehnten Arbeiter\_innen der nahen Industriegebiete wohnten. Um das Jahr 2010 begann die kommunal geführte Stadtentwicklungsgesellschaft Älvstadens Utvecklings AB, eine gezielte Gentrifizierung des nur wenige Minuten von der Innenstadt entfernten Gebiets einzuleiten. Die Fotografin Katarina Despotović und die Soziologin Catharina Thörn haben den daraus entstehenden Konflikt dokumentiert. In der vorliegenden Ausgabe veröffentlichen wir – mit der Erlaubnis der Autor\_innen, für die wir sehr herzlich danken – einige ausgewählte Bilder aus dem Band. Die dazu gehörenden Texte wurden von Peter Birke übersetzt, siehe auch die Rezension auf Seite 241.

Das Plakat vor der Brachfläche behauptet, dass „Du mit ein bisschen Phantasie die Sonne über den Dächern untergehen sehen kannst“. Rechts befindet sich das Geschäft Akbars Chark (Akbars Fleischerei).



Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online** lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

*Sozial.Geschichte Online* ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen vierstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 Euro und für GeringverdienerInnen 10 Euro jährlich; Fördermitglieder dürfen ihren Beitrag selbst festlegen.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

**SGO-Verein [at] janus-projekte.de** oder den

**Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.**  
**Cuvrystraße 20a**  
**(Briefkasten 30)**  
**D-10997 Berlin**

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

**Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.**  
**IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00**  
**BIC: BFSWDE33BER**  
**Bank für Sozialwirtschaft**